

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verleger:
Gebr. Kersch, Dresden
und Schf. Staudenl.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsfeld und Dresden-Altsadt

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn in der Woche vom 15. bis 21. September
5200 000.— M., unter Strafband für Deutschland die Nummer 700 000.— M.,
Einzelnnummer 600 000.— M.

Veröffentlichung: Mittwochsp. 10. Tel. 25 201.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Mittwochsp. 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Abonnementspreis: Grundpreis mit Einschluß Wochenspende: die 20 zum
breiten Monatshefte 135 M., die 40 zum breiten Monatshefte 260 M., für aus-
wärtige Abnehmer 180 und 360 M. Einschlußpost: 12 000. Familienangelegen.
Straßen- und Briefpost 40 Proz. Rabatt. Für Briefnebenlegung 200 000 M.

Nr. 221

Dresden, Freitag den 21. September 1923

34. Jahrg.

Der Zwang zu Verhandlungen

Voraussetzungen für Aufgabe des Widerstandes

Der Ruhrkonflikt muß beendet werden — und zwar sofort. Das ist jetzt zur Voraussetzung der weiteren Lebensmöglichkeit der deutschen Republik und der deutschen Wirtschaft geworden. Wer das noch bestreitet, ist entweder umhelfbar blind oder verbrecherischer Katastrophopolitiker, der durch bewußte Herbeiführung des Zusammenbruchs den Boden für Diktaturexperimente bereiten will. Die Wucht aller Tatsachen um uns herum zwingt zu der Erkenntnis, daß die Zeit zu Entscheidungen da ist. Die Reichsregierung muß mit aller Kraft und Umficht die Verhandlungen mit Frankreich herbeiführen suchen, auf daß die Wunde im Westen, die uns das Lebensblut entzieht, verbunden werde. Zögert man damit, so ist Verbitung das Ende.

Je nachdrücklicher der Zwang zur Beendigung des Ruhrkonflikts im Volke betont wird, um so deutlicher das Kabinett Stresemann Anstrengungen zu Verhandlungen macht, desto wilder erhebt sich von ganz rechts und ganz links die Dege vom „Dolchstoß“ und vom „Vaterlandsverrat“. Es ist das alte Spiel, das man noch vom Kriege her kennt. Diesmal sind es die „Wöllischen“, und vor allem die Deutschnationalen, die ein wahnsinniges Loben erheben — weil sie sich als „einzig national“ in Erinnerung bringen wollen. Sie möchten das Volk wieder für ihre monarchistischen Diktaturgeistes geneigt machen und schwebeln deshalb in den gemeinsamen Angriffen auf republikanische Regierung, Parlamentarismus und Demokratie. Man kennt das. Aber man wird die deutschnationalen Herrschaften auch erledigen. Denn gerade ihrer Politik und Sippe verdankt das deutsche Volk Krieg, Kriegeleiden, Not, Hunger, ja sogar den Finanzzusammenbruch und die Korruption als Folge des Ruhrabenteuers. Denn ihre Kreise sind es gewesen, die durch Sabotage der Erfüllungspolitik die Ruhrbesetzung mit herbeiführten und die dann der Regierung Cuno (Helferlich war Cunos politischer Intimus) die verbrecherische Steuerbefreiung und Notentpressenpolitik aufdrängten. Wenn jetzt scharfe Opfer bei der Beendigung des Ruhrkonflikts gebracht werden müssen, so sind sie die Folge der deutschnational orientierten Politik der Kabinets Cuno. Erst die Regierung Stresemann hat das tolle Treiben der früheren Regierung ein wenig entkühlt, die ganze schaurige Wahrheit über die Finanzverbrechen und die Korruption unter Cuno-Hermes-Beder ist dem Volke noch gar nicht mitgeteilt. Mit den Schulbigen muß noch Aufrechnung gehalten werden, wobei auch das Treiben der Deutschnationalen in gebührender Beleuchtung zu rücken ist.

Aber auch von „ganz links“ schreit man über „Verrat“, wenn die Regierung verhandeln will. Die Kommunisten wollten jetzt wie besessen gegen „die Kapitulation Stresemanns vor Poincaré“. Sie denunzieren das Kabinett als „national unzuverlässig“, da es den Widerstand aufgeben und nicht bis zum „aktiven Kampf“ verschärfen wolle. Die Militaristen von rechts und von links haben sich wiedergefunden. Beide wollen jetzt das Chaos, den Zusammenbruch. Dann wollen sie los schlagen, die einen für die Monarchie, die anderen für die Sowjetdiktatur. Das schaffende Volk hat alle Kraft aufzuwenden, um den Zusammenbruch, der sein Elend grenzenlos machen würde, zu vermeiden.

Dem Zwang zu Verhandlungen über das Ruhrgebiet muß mit allem Nachdruck gefolgt werden. Das Loben von rechts und links darf keinen Einfluß haben. Die „nationale“ Presse dreht die Stippselle, die Regierung Stresemann habe angeordnet, den passiven Widerstand nicht mehr zu befolgen, — und die kommunistische Presse behauptet, Stresemann habe „glatt kapituliert“. Demgegenüber wird uns folgendes gemeldet:

Berlin, 21. September. (Eigene Drahtmeldung.) Für die Besprechungen zur Beendigung des Ruhrkonflikts hat sich die Reichsregierung ein festes taktisches Programm aufgestellt. Die Absicht der Reichsregierung geht dahin, eine Verhandlungsbasis für die Lösung des Reparationsproblems zu schaffen. Bevor man diese Fragen behandeln kann, muß die Frage des passiven Widerstandes geklärt sein. Die Regierung ist in dieser Hinsicht bereit, die wirtschaftliche Tätigkeit im Ruhrgebiet wiederherzustellen. Dazu gehören aber Voraussetzungen, die von Frankreich und Belgien erfüllt sein müssen, und zwar gelten diese Voraussetzungen auch für die Zeit eines Provisoriums, das während der Verhandlungen über die Reparationsfrage geschaffen werden mußte. Diese Voraussetzungen bestehen in folgenden Punkten:

1. Amnestie für alle Verurteilten,
 2. Rückkehr aller Ausgewiesenen,
 3. Rückkehr der Verwaltung in die Hände der deutschen Beamten,
 4. Freiheit der Arbeit,
 5. freier Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet.
- Wenn diese Voraussetzungen mit möglicher Beschleunigung erfüllt würden, dann würde die Voraussetzung für effektive Reparationszahlungen auf Grund des vom Reichskanzler mehrschichtig skizzierten Planes gegeben sein. Diese effektiven Zahlungen müßten dann aber umgehend die völlige Räumung des Ruhrgebietes von den Besatzungstruppen und die Wiederherstellung des vertragmäßigen Zustandes im Rheinlande, d. h. also die Wiederherstellung der unbeschränkten Souveränität des Reiches im Rheinlande zur Folge haben. Das ist das Programm der Regierung, über das augenblicklich Vorverhandlungen schweben.

Dieses Regierungsprogramm macht den falschen Behauptungen der deutschnationalen und kommunistischen Katastrophopolitiker ein Ende. Es ist richtig, legt zu einzelnen

Voraussetzungen kritische Stellung zu nehmen, da sie als Gesamtes erst den Beginn wirklicher Verhandlungen ermöglichen sollen. Alle Umstände drängen zur Unterstützung der Verhandlungen, wenn nicht das Schlimmste hereindringen soll. Die Verantwortlichkeit lastet auf dem Koalitionskabinett, das muß freilich stark unterstrichen werden.

Die Aussichten für Verhandlungen scheinen nach neuesten Pariser Meldungen über die Zusammenkunft Poincarés mit Baldwin ein wenig gewonnen zu haben. Nach einer Habermeldung habe Poincaré zugestanden, Verhandlungen mit dem Reich zu aufnehmen, wenn die Verhandlungen über den passiven Widerstand zurückgezogen würden. Es gilt jetzt, die Voraussetzungen für die Beendigung des passiven Widerstandes zu besprechen. Nach einer Berliner Meldung hat Reichskanzler Stresemann diese Voraussetzungen (siehe oben) dem belgischen Gesandten schriftlich übergeben, der sie unter Vermittlung der belgischen Regierung Poincaré unterbreiten werde. Die belgische Regierung hat den Wunsch zur allgemeinen Vermittlung. Es lohnt sich, diese Meldungen zu registrieren. Den weiteren Wust von Mitteilungen und Behauptungen der bürgerlichen Presse zu berücksichtigen liegt keine Veranlassung vor. Diese Meldungen sind durchweg tendenziöse Erfindungen.

Noch einmal aber sei betont, daß die Not des deutschen Volkes zur raschesten Lösung des Ruhrkonflikts zwingt. Die Regierung Stresemann hat diese Notwendigkeit zu erfüllen. Daß zur Ermöglichung der Verständigung auch die gesamte Innenpolitik auf dieses Ziel eingestellt werden muß — besonders die Finanz- und Wirtschaftspolitik — haben wir immer wieder dargelegt. Auch hier gilt es: Taten!

Eine Feststellung der Gewerkschaften

Vom Bundesvorstand des A. D. G. B. wird uns geschrieben:

Aus durchsichtigen Gründen wird, wie wir aus verschiedenen Zeilen des Reichs erfahren, von deutschnationalen Blättern die Behauptung verbreitet, die Gewerkschaften hätten an die Reichsregierung ein Ultimatum gerichtet, daß sie entweder in drei Tagen den passiven Widerstand aufgeben oder zurücktreten müsse.

Der A. D. G. B. erklärt kategorisch, daß diese Behauptung in keiner Weise den Tatsachen entspricht und nur zu dem Zweck von arbeitgeberfeindlicher Seite verbreitet wird, das Odium für etwaige, von der Reichsregierung geplante Maßnahmen, die angesichts der erst von ihr in ihrem vollen Umfang ausgeübten untragbaren Finanzgebarung der Regierung Cuno und des von unverantwortlichen Stellen der Wirtschaft absichtlich und gewillkürd nach jetzt bestehenden Ruin der Mark notwendig erscheinen könnten, auf die Gewerkschaften abzuwälzen. Die in den Gewerkschaften organisierten Ar-

beiter sind in den ganzen Monaten der Ruhrbesetzung die eigentlichen Träger des passiven Widerstandes gewesen und haben alles getan, um im Interesse der Nation und der Arbeiterklasse der deutschen Regierung die Möglichkeit zu geben, das Reparationsproblem auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit den Besatzungsmächten einer friedlichen Lösung zuzuführen. Sie sind in den vergangenen Monaten die entscheidenden Bekämpfer einer rechtzeitigen Befreiung der deutschen Finanzen gewesen, im vollen Bewußtsein der Gefahr, die die Verschleppung stattdessen der Regierung Cuno für die politische Einheit und die wirtschaftliche Freiheit des Reichs sowie für die Stellung jeder deutschen Regierung bei der Wiedereröffnung von Verhandlungen über die Lösung des Ruhrkonflikts heraufbeschwören mußte. Sie haben im großen Nachdruck den Staat in seinem Kampfe gegen die selbstmörderische Steuerfabrikation der Privatwirtschaft unterstützt und sind mit gleicher Entschiedenheit jedem Separatismus in Ruhr- und am Rhein entgegengetreten.

Der A. D. G. B. wendet sich daher mit größter Schärfe gegen den jetzt unternommenen Versuch, den Gewerkschaften und den von ihnen vertretenen Arbeitern die Verantwortung für die Folgen der Politik der Regierung Cuno und des unverantwortlichen Vorgehens gewisser Gruppen der Industrie und Finanz aufzubürden.

Eine Ueberraschung

Die Donnerstagbörse brachte dadurch eine große Ueberraschung, daß die Anforderungen an den Devisen- und Rentenmarkt mit Ausnahme der Ausschüttung Paris, die mit 50 Prozent zugestimmt wurde, voll befriedigt worden ist. Der Dollar wurde durchschnittlich mit 182 Millionen und das Pfund mit 822 bzw. 827 Millionen Mark notiert.

Mit dieser neuen Maßnahme hat das Finanzministerium mit dem System der Reparationen, das die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln künstlich aufkaufte, und die Kurse, da ein entsprechendes Angebot eben nicht vorlag, immer wieder steigerte, gebrochen. Seit langem wurden durchschnittlich 5 und selten über 10 Prozent zugestimmt. Um nun den wirklichen Bedarf zu befriedigen, meldete jeder möglichst viel an. Das war bei aller Selbstknaptheit möglich, weil sich die meisten Banken nicht an die Abmachung gehalten haben, Aufträge auf Devisen nur gegen Vorzahlung entgegenzunehmen. Nach während der amtlichen Notierungen erfolgten am Donnerstag beträchtliche Abgaben des angemeldeten und zugestimmten Materials. Das ist ein Zeichen dafür, daß die Aufträge zum Teil rein spekulativ waren und daß sich die Auftragsgeber bei voller Zuteilung eben überkauft hatten und in die läßliche Lage versetzt wurden, unter allen Umständen Geld flüssig zu machen. Es ist Sache des Devisenkommissars, diese Vorgänge genau zu untersuchen und sich die in Frage kommenden Leute näher anzusehen.

Die neue Taktik des Finanzministers wird natürlich viel Geld kosten. Sie ist aber ein Ausweg, den Devisen- und Rentenmarkt zum Teil von seinem künstlichen Druck zu befreien. Der Erfolg muß abgewartet werden. Vorläufig scheinen die Maßnahmen des Reichsfinanzministers eine gute Lektion gewesen zu sein. Im Verlauf der amtlichen Notierung machte sich ein hartes Angebot von Devisen bemerkbar. So wurden u. a. 125 bis 130 Dollar und größere Mengen tschechischer Kronen auf den Markt geworfen. Nachdrücklich, im freien Verkehr, wurde der Dollar mit 140 bis 145 und das Pfund mit durchschnittlich 750 Millionen Mark gehandelt.

Faschismus und Bolschewismus

Die Debatte Reventlow-Radel, die in der kommunistischen Presse fortwährt und die man in der Professur „Schlageter“ (herausgegeben von der A. P. D.) in ihren wesentlichen Momenten studieren kann, regt zu einem Vergleich von Faschismus und Bolschewismus an. Man muß dabei in die Heimatlande beider Bewegungen gehen, nach Italien und Rußland, um sowohl die Ähnlichkeiten als die Verschiedenheiten zu erkennen. Es gibt weit mehr Ähnlichkeiten, wie man nach dem Gegenfah der Ideologien Nationalismus und Kommunismus schließen könnte. Es gilt aber auch hier das alte Wort Wallenstein über Gustav Adolf: „Man muß ihn auf die Hände sehen und nicht aufs Maul.“ Es gilt vor allem dann, wenn man auf das heutige Endprodukt beider Bewegungen blickt. Die Faschisten in Italien und die Bolschewisten in Rußland sind beide eine Staatspartei geworden. Beide beherrschen nicht nur, sondern betrauten sich als den Staat, dessen Armee und Bürokratie sie zum überwiegenden Teil bilden. Beide Parteien haben sich aus den Anfängen einer Sekte zu großen Organisationen gewandelt und haben die Staatsmacht durch einen bewaffneten Aufstand oder durch die Drohung mit einem solchen erobert. Beide Parteien sind nur zu begreifen aus der besonderen Psychologie des Krieges und der Nachkriegszeit, und beide Parteien geraten, zur Macht gekommen, ständig mehr in Widerspruch mit der Gedankenwelt ihrer Jugend. Beide halten sich durch Terror aller Art am Leben, und in beiden machen sich innere Widersprüche bemerkbar, die ihren Untergang als unweiblich erscheinen lassen, oder eine Wandlung der Organisation, die sie weit von ihren ursprünglichen Zielen entfernt.

Trotzdem weist die Diktatur Mussolinis und die Diktatur des politischen Bureau der Kommunisten einen großen Unterschied auf. Die Kommunisten sind die Erben der großen russischen Revolution. Sie kamen aus Rußland, weil sie den Waffen der kriegsmüden Bauern Land und Frieden versprochen. Sie kamen zur Macht als eine sozialistische Gruppe, die ihre Hoffnungen auf die Weltrevolution des westeuropäischen Proletariats setzte. Sie waren die Vollstrecker einer großen Agrarreform, und sie konnten sich daher nur an der Regierung beteiligen, weil die Bauernmasse sie mehr oder weniger unterstützte.

Mussolini ist dagegen der Träger einer bourgeoisien Aktion. Der Faschismus ist von Beginn an trotz einigen sozialistischen Phrasen die Bewegung der durch den Krieg Deklassierten, aber auch der zum kapitalistischen Massenbewußtsein erstarrten Bourgeoisie. Diese stellt die verschiedensten Elemente wie das Großbauerntum, das städtische geistige Proletariat und Teile des Kleinbürgertums in seinen Dienst im Kampfe gegen die Arbeiterklasse und gegen jene bürgerlichen Eliten, die in Italien seit Jahrzehnten den Staat als ihre Ausbeutungsfeld betrachteten. Daher mußte der Faschismus, zur Macht gekommen, vor allem gegen die Arbeiterklasse regieren, aber dem Bürgertum weitgehende Zugeständnisse machen. Er wurde ein strenger organisiert, aber auch eine herrschende Elite, wie die Anhänger Giolitti oder anderer Ministerien vor ihm.

Die gleiche Entwicklung zu einer herrschenden Clique sehen wir bei der kommunistischen Partei Rußlands. Hier ist es aber die Herausbildung einer neuen Bourgeoisie und eines bestehenden Bauerntums, das diese Elitenbildung erzeugt. Das Proletariat schmolz zusammen in Revolution und Bürgerkrieg. Die bolschewistische Ideologie des schnellen Überganges des agrarischen Rußland zum Sozialismus beschleunigte den Rückgang des Proletariats. Die Diktatur der Partei verführte den Bürgerkrieg und schwächte den Sozialismus in der Sowjetrepublik. Nun wurde die Partei der Kommunisten zu einer Werkzeug der „Roten Armee“ und der Sowjetbourgeoisie. Es muß, wenn sich ihre Führer an der Macht erhalten wollen, diesem jungen Kapitalismus Zugeständnisse machen und den internationalen Kapitalismus bei der Erschließung Rußlands heranziehen. So fällt die alte kommunistische Ideologie und es bleibt nur übrig die Diktatur einer kleineren Bürokratie, die sich als ein Bonapartismus ohne Bonaparte am Leben erhält, weil keine Klasse stark genug ist, sie zu stürzen, solange sie sich auf die nicht demokratische, sondern militaristisch organisierte Armee stützen kann.

Hier liegt wiederum eine Ähnlichkeit mit der Diktatur Mussolinis vor, der seine Schwarzhanden wohl zur Armee des Staates gemacht hat, ohne daß sie aufhört, eine private Gruppe zu sein. Die Diktatur und die Angst vor der Befreiung gegen die Diktatur sind dem Bolschewismus und dem Faschismus gemeinsam. Gemeinsam ist ihnen auch die Verdrängung des öffent-